

## Der Tod eines Häftlings wirft Fragen auf

*36-jähriger Italiener hat bereits vor seinem Tod Suizidabsichten geäußert*

**fbi.** Ein 36-jähriger Häftling ist am Mittwochmorgen tot in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis Pfäffikon aufgefunden worden. Laut Mitteilung des Amtes für Justizvollzug handelt es sich um einen Suizid. Der Italiener strangulierte sich. Seit April sass er wegen des Verdachts der mehrfachen Nötigung sowie weiterer Delikte in Untersuchungshaft. Er hatte seine Eltern verbal und mit einer Waffe bedroht.

Die Staatsanwaltschaft hat nun eine Untersuchung eingeleitet. Das ist bei aussergewöhnlichen Todesfällen üblich. Der Fall des 36-Jährigen ist allerdings zusätzlich von Brisanz, weil der Italiener während der Untersuchungshaft Suizidabsichten geäußert hatte. Er soll laut gut informierten Quellen erklärt haben, er verletze sich selbst. Deshalb war der Häftling auch im Gefängnis auf psychiatrische Betreuung angewiesen. Es stellt sich allerdings die Frage, weshalb die Behörden ihn nicht in eine spezialisierte psychiatrische Klinik eingewiesen hat-

ten. Wegen des laufenden Verfahrens wollten weder die Staatsanwaltschaft noch das Amt für Justizvollzug Stellung dazu nehmen.

Klar ist: Psychische Erkrankungen haben unter Häftlingen generell zugenommen, insbesondere aber in den Untersuchungsgefängnissen. Die Zahl der psychiatrischen Konsultationen hat sich inzwischen auf rund 6000 pro Jahr erhöht. Zuvor lag die Zahl über Jahre stabil bei rund 5000 Fällen. Für die Gefängnisse ist das ein Problem, denn es besteht ein Mangel an Plätzen in der forensischen Psychiatrie. Der Kanton Zürich verfügt zwar mit der Klinik Rheinau über die grösste Einrichtung dieser Art. Allerdings kann nur ein kleiner Teil der aus der Haft in eine Klinik eingewiesenen Insassen dort untergebracht werden. Eine Lösung ist erst in einigen Jahren in Sicht: Frühestens 2022 soll ein Neubau mit 39 Betten in Betrieb gehen.

Nachdem es im Jahr 2015 zu fünf Todesfällen in Zürcher Untersuchungs-

gefängnissen gekommen war, wurden auch die Haftbedingungen überdacht. Ein konkretes Projekt liegt derzeit auf dem Tisch: Noch in diesem Jahr hätte im Gefängnis Limmattal eine Spezialabteilung für psychisch angeschlagene Häftlinge mit elf Plätzen eröffnet werden sollen. Eigenes Psychiatriepflegepersonal soll dafür sorgen, dass sich die psychische Krise der Betroffenen nicht verschärft. Mit der neuen Abteilung will man insbesondere die Untersuchungsgefängnisse entlasten.

Laut Jessica Maise, Sprecherin des Amtes für Justizvollzug, ist man derzeit daran, die Stellen zu besetzen. Im September wird die erste Mitarbeiterin der Krisenabteilung ihre Stelle antreten. Die dafür nötigen Umbauarbeiten werden erst in einigen Monaten abgeschlossen sein, jedenfalls nicht vor Ende Jahr. Derzeit liefen die Planungsarbeiten, sagt Maise. Geprüft wird auch ein Zwei-Phasen-Modell. Dieses soll den Insassen in einer zweiten Phase der Unter-

suchungshaft gelockerte Haftbedingungen gewähren — wenn keine Kollusionsgefahr mehr gegeben ist. Derzeit beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gerichten, Staatsanwaltschaft und Amt für Justizvollzug, mit dem Thema. Zudem werden auch Vertretungen der Anwaltschaft mit einbezogen. So sollen laut Maise die unterschiedlichen Interessen unter einen Hut gebracht werden. Geplant ist zunächst ein Modellbetrieb, der allerdings frühestens 2018 aufgenommen wird.

Das Untersuchungsgefängnis Pfäffikon geriet erst vor kurzem in die Schlagzeilen, weil eine von der Justizdirektion angeordnete Administrativuntersuchung zum Schluss kam, dass der Serientäter «Carlos» während eines Zeitraums von rund drei Wochen diskriminierend und erniedrigend behandelt worden war. Aufgrund der Vorfälle musste der Leiter des Untersuchungsgefängnisses, der sein Amt erst Anfang Jahr angetreten hatte, gehen.